

freiheit

Ausgabe 02-03/19

das österreichische arbeitnehmerinnen- und arbeitnehmermagazin

Foto: stock.adobe.com



Europa
sind wir

A photograph of two scientists, a woman and a man, in a laboratory setting. They are both wearing white lab coats and blue lanyards. The woman is on the left, leaning over a workbench, and the man is on the right, wearing glasses and also leaning over the workbench. They are both looking down at a circuit board or electronic component on the workbench. In the background, there are computer monitors displaying data, a microscope, and other laboratory equipment. The lighting is bright and modern.

Industrie Österreich.

Die treibende Kraft.

Österreichs Industrie schuf alleine im vergangenen Jahr 25.000 neue Arbeitsplätze und erzielte 170 Milliarden Euro an Wertschöpfung – mehr als alle anderen Branchen. Taten und Daten, die einmal mehr beweisen: Österreichs Industrie ist Motor für Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung.

EDITORIAL

*Liebe Leserin, lieber Leser der **freiheit!***

Im Frühling ist es Zeit, sich Geld von der Steuer zurückzuholen. Auch wenn es die automatische Arbeitnehmerveranlagung gibt, ist es besser, selbst einen Antrag zu stellen. Auch wer keine Lohnsteuer gezahlt hat, weil das Einkommen dafür zu niedrig war, kann eine Gutschrift erhalten: Denn Teile der Sozialversicherungsbeiträge werden dann rückerstattet (Negativsteuer).

Geld zurück gibt es, wenn man z.B. Einkommen in unterschiedlicher Höhe gehabt hat, oder für Ausgaben im Zusammenhang mit dem Beruf - etwa für Weiterbildung oder hohe Kosten für den Arbeitsweg - aber auch für Familien mit Kindern. Für das Jahr 2018 kann man die Kinderbetreuungskosten noch bis zu 2.300 Euro außergewöhnliche Belastungen absetzen.

Seit 1. Jänner 2019 ist der Familienbonus Plus - ein Meilenstein in der Sozialpolitik - in Kraft. Bis zu 1.500 Euro pro Jahr und Kind kann man künftig vom Finanzamt zurückholen. Und das nicht erst im kommenden Jahr über die Arbeitnehmerveranlagung. Nein, bereits im laufenden Jahr 2019 kann man über die Lohnverrechnung den Familienbonus Plus geltend machen.

Über 500.000 Menschen haben schon die monatliche Auszahlung des Familienbonus Plus beantragt. Dadurch haben Familien bis zu 125 Euro bei einem Kind oder 250 Euro bei zwei Kindern netto mehr im Geldbörstel. Eine Entlastung für Familien, die mehr als nur spürbar ist.

*Mag. Nikola König-Weixelbraun
freiheit!-Chefredakteurin*



Foto: ÖVP/Sabine Klimpt

christoph.zarits@oeaab.com
www.facebook.com/zarits.christoph

Jeder Mensch, der frei entscheiden kann, braucht verlässliche allgemein gültige Maßstäbe und ein fundiertes Urteilsvermögen, um zwischen richtig und falsch, zwischen Gut und Böse unterscheiden zu können. Die individuelle Entwicklung solcher Maßstäbe erfolgt ab der frühen Kindheit. Das Wertefundament wird meist schon in der Familie gelegt.

ETHIKUNTERRICHT FÜR EINE FUNKTIONIERENDE ZIVILGESELLSCHAFT

EIN GASTKOMMENTAR VON GENERALSEKRETÄR CHRISTOPH ZARITS

Kinder und Jugendliche brauchen heute mehr denn je Werte, nach denen sie leben können. Ein minimaler Grundkonsens der Werte, z.B. Demokratie, Rechtsstaat, Gleichberechtigung von Mann und Frau, sind das Grundfundament für aktive Bürgerinnen und Bürger Österreichs. Vor allem durch die verstärkte Migration entstehen in dieser Hinsicht neue Herausforderungen.

Neben dem Elternhaus leistet auch die Schule, als Ort zwischenmenschlicher Erfahrung, in dem unsere Kinder und Jugendlichen einen großen Teil ihrer Zeit verbringen, einen wichtigen Beitrag, um diese Werte zu vermitteln. Gerade der konfessionelle Religionsunterricht ist dabei nicht mehr wegzudenken. Er vermittelt Inhalte, die ein gesellschaftliches Zusammenleben in Frieden und Freiheit ermöglichen. Wer jedoch keinen Religionsunterricht besucht, soll nicht völlig abgeschnitten sein von der schulischen Vermittlung immaterieller Werte und Ideale für den einzelnen Menschen sowie für die gesamte Gesellschaft.

Daher wird nun der verpflichtender Ethikunterricht eingeführt, für alle, die sich vom konfessionellen Religionsunterricht abgemeldet haben oder ohne Religionsbekenntnis sind. Nach 30 Jahren Diskussion wird nun endlich Wirklichkeit, wofür sich der ÖAAB bereits seit langem eingesetzt hat: Das Auseinandersetzen mit Werten, ein offenes Ausdiskutieren von Streitfragen unter pädagogischer Begleitung für alle Schülerinnen und Schüler, gleich, welcher oder ob sie einer Konfession angehören. Damit auch in Zukunft ein respektvoller und toleranter Umgang miteinander möglich ist und die Zivilgesellschaft funktioniert.

Impressum

Herausgeber: Wiener Pressverein **Medieninhaber:** Wiener Pressverein (Vorstand Dir. Walter Mayr, Mag. Herbert Kullnig, Rudolf Habeler, Nicole Karlick)
Blattlinie: Christlich-soziale Arbeitnehmerpolitik **Redaktion:** Mag. Nikola König-Weixelbraun, Sabine Egerer, Irene Peer-Polzer, Mag. Elisabeth Halvax
Anzeigenverwaltung: Sabine Egerer, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, 01/40141-351, office@wienerpressverein.com **Layout:** Dipl.-Ing. Albrecht Oppitz
Herstellung: NP Druck Gesellschaft m.b.H., Gutenbergstraße 12, 3100 St. Pölten; Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken.

Europa hat die Wahl

Alle fünf Jahre finden EU-Wahlen statt, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen ihre Abgeordneten ins Europäische Parlament zu wählen. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments vertreten die Interessen von rund 460 Millionen Menschen. Am 26. Mai 2019 ist es wieder soweit. Warum es wichtig ist, wählen zu gehen, erfahren Sie hier.

Für Österreich haben wir am 26. Mai die Möglichkeit, 19 österreichische Mitglieder der insgesamt 705 Mitglieder des Europäischen Parlaments zu bestimmen. Das Europäische Parlament ist das einzige direkt demokratisch gewählte Organ der EU, es entscheidet über europäische Gesetze und über den Haushalt der EU, wählt den Präsidenten der Europäischen Kommission und kontrolliert die anderen EU Institutionen.

Viele Menschen halten die Europawahlen für nicht so wichtig, da sie den direkten Bezug zu ihrem Alltag nicht sehen. Die Abgeordneten arbeiten in Brüssel und Straßburg und viele der

Themen betreffen eben nicht nur Österreich, sondern alle oder auch nur andere EU-Länder.

Das klingt erst einmal sehr weit weg von unserem täglichen Leben. Dabei ist der Einfluss der EU an vielen Stellen in unserem Alltag zu finden: Nicht nur der Euro ist ein europäisches Projekt, auch viele Gesetze, die die Bürgerinnen und Bürger direkt betreffen, kommen aus dem Europäischen Parlament. Denn das Europäische Parlament kann zusammen mit dem Ministerrat Gesetze beschließen, die dann für alle Mitgliedsstaaten gelten - auch für Österreich. Wenn das Europäische Parlament kein einheitliches Gesetz für

alle Mitgliedsstaaten beschließen will, kann es die einzelnen Länder auch verpflichten, selbst ein Gesetz zu erlassen. Der Einfluss der Politikerinnen und Politiker in Brüssel und Straßburg ist also größer, als viele Bürgerinnen und Bürger denken – und nur wer wählt, kann mitentscheiden, wer unsere Gesetze macht. Für Österreich. Für Europa.



GEDESAG – 80 Jahre gemeinnütziger Wohnbau

Die Gründungsversammlung der Gemeinnützigen Donau-Ennstaler Siedlungs-Aktiengesellschaft – kurz GEDESAG – fand vor 75 Jahren am 28. Februar 1939 statt.

Die Aufgaben der GEDESAG waren damals die Schaffung und Verwaltung von Arbeiterwohnungen für die Werke Schmidhütte Krems und Schmidhütte Liezen.

Heute baut die GEDESAG für alle Generationen. Neben dem klassischen Bau von Wohnungen und Reihenhäusern verlangt die Änderung der Fami-



lienstrukturen ein breites Wohnungsspektrum, worauf sich der Wohnbau in Niederösterreich dementsprechend einstellen musste und wofür vom Land Niederösterreich verschiedene Förderarten angeboten werden.

Der herkömmliche Bau von Miet- oder Eigentumswohnungen sowie Reihen-

häusern wird ergänzt durch maßgeschneiderte Wohnobjekte für die ältere Generation in Form von „Betreutem Wohnen“, aber auch für junge Personen stellt das Land Niederösterreich mit dem „Jungen Wohnen“ erhöhte Fördermittel zur Verfügung, um ihnen damit den Start in ein eigenständiges Leben zu erleichtern. Leistbares Wohnen steht im Mittelpunkt und wird durch die Förderungen vom Land NÖ erst ermöglicht.

So verwaltet die GEDESAG in Niederösterreich mittlerweile ca. 12.600 Wohneinheiten in ca. 100 Gemeinden.



Foto: Werner Jäger



Foto: Jakob Glaser

freiheit: Sie gelten als überzeugter Europäer und sind seit 1999 Abgeordneter zum Europäischen Parlament. Was hat Sie dazu bewogen, bei der EU-Wahl erneut für dieses Amt anzutreten?

Othmar Karas: Die Europäische Union ist ein Erfolgsprojekt. Sie wurde geschaffen, um Frieden und Wohlstand zu erhalten und Freiheit und Sicherheit zu garantieren. Doch dieses Projekt ist in Gefahr – von außen, aber auch von innen. Es gibt Kräfte, die kein Interesse an einer starken Europäischen Union haben. Sie wollen die EU schwächen. Ich trete bei der Wahl an, um diesen Kräften entschlossen entgegenzuwirken. Aber ich bin nicht einfach gegen etwas, sondern für etwas: Ich bin für eine starke,

Spitzenkandidat der Volkspartei für die Europawahl

Othmar Karas

„Ich will ein Kandidat für alle sein: Wer Europa als starke, handlungsfähige Union bewahren will, muss diese weiterentwickeln.“

handlungsfähige Europäische Union, die ihre Interessen selbstbewusst nach außen vertritt. Dazu braucht es Veränderung. Die EU ist noch nicht fertig. Denn wer Europa bewahren will, muss es weiterentwickeln.

freiheit: Welche konkreten Schritte braucht es, um die EU handlungsfähiger zu machen?

Karas: Da gibt es viele Hebel, die wir bewegen müssen. Die EU muss zur Sprecherin dieses Kontinents in der Welt gemacht werden, daher dürfen wir uns als Europa auch nicht weiter von einer Minderheit blockieren lassen. Das betrifft zum Beispiel die Ungerechtigkeit bei der Besteuerung von großen Internetkonzernen, die viel weniger zahlen als heimische Unternehmen. Das müssen wir beenden. Gerade auch in der Außenpolitik braucht es rasche und wirksame

Entscheidungen. Das stärkt Europa in der Welt. Und das stärkt Österreich.

freiheit: Wen wollen Sie mir Ihrer Politik erreichen, bzw. welche Werte vertreten Sie als Abgeordneter?

Karas: Ich will ein Kandidat für alle sein, die von der EU überzeugt sind, aber auch für jene, die zu Zweifeln begonnen haben, aber Europa besser machen wollen. Der Kampf gegen die Extremen ist mir wichtig, gegen die Populisten, die nicht darüber reden, was richtig und notwendig ist, sondern nur über das, was gerade populär ist. Diese Wahl zum Europäischen Parlament wird eine Richtungsentscheidung sein. Ich will Verantwortung für die Menschen und die Zukunft übernehmen, weil ich felsenfest davon überzeugt bin das Österreich in einem guten Miteinander in Europa eine gute Zukunft hat.



Foto: Jakob Glaser

Salzburgkandidatin für die Europawahl

Karoline Edtstadler

„Mein Ziel ist ein starkes Europa in der Welt. Ein Europa mit verantwortungsvollen Mitgliedstaaten und selbstbewussten Regionen.“

Europa hat dafür einen international einzigartigen Rahmen geschaffen. Um das zu bewahren brauchen wir heute mehr denn je eine starke, handlungsfähige Europäische Union. Europa soll bei den wirklich wichtigen, großen Themen Stärke zeigen und gemeinsam sinnvolle Lösungen entwickeln. Davon profitiert Österreich am meisten. Bei der EU-Wahl geht es daher um den richtigen Kurs. Um ein Europa, das sich auf Lösungen in den großen Fragen – Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit, Klimaschutz oder Digitalisierung – konzentriert. Andere Themen können besser in den Staaten und in den Regionen gelöst werden.

Denn Europa lebt von der Vielfalt seiner Mitgliedstaaten, die im Rahmen der Europäischen Union klug und verantwortungsbewusst kooperieren. Gerade bei der Sicherheits- und Migrationspolitik werde ich mich mit voller Kraft dafür einsetzen, dass wir unseren während der EU-Ratspräsidentschaft eingeschlagenen Kurs fortsetzen. Ich möchte ein Europa, das schützt, denn ein grenzenloses Europa nach innen braucht einen effektiven Außengrenzschutz. Wir dürfen nicht die Schlepper entscheiden lassen, wer zu uns kommt.

Europa muss sich auch verstärkt auf seine Wirtschaftskraft und Wettbe-

werbsfähigkeit konzentrieren. Es geht um einen eigenständigen europäischen Weg. Wir haben uns in Europa lange Zeit auf die USA verlassen, und auch China und der asiatische Raum wurden von uns nicht als ernsthafte Konkurrenz für unseren Wohlstand wahrgenommen. Es ist an der Zeit, unsere wirtschaftliche Kraft wieder voll zu entfalten, weil sie unser Lebensmodell in Österreich sichert. Mit mehr Export, mit erfolgreicher Digitalisierung, mit mehr Innovation. Mein Ziel ist ein starkes Europa in der Welt. Ein Europa mit verantwortungsvollen Mitgliedstaaten und selbstbewussten Regionen. Dafür werde ich kämpfen!



Foto: Josef Siffert

Niederösterreichkandidat für die Europawahl

Lukas Mandl

„Mein Anliegen für Europa: Nur ein nach außen starkes Europa kann die sozialen Errungenschaften etwa in den Arbeitsrechten oder in den Gesundheitssystemen verteidigen!“

Als die „drei Leitsterne“ seiner politischen Arbeit versteht unser Europa-Abgeordneter Lukas Mandl „ein Europa mit mehr Stärke nach außen und mehr Freiheit nach innen sowie echte Bürgernähe“.

„FREIHEIT NACH INNEN“

Der Anteil Europas an der Weltbevölkerung ist rund sieben Prozent, an der Weltwirtschaftsleistung rund 23 Prozent. Und von allen Sozialleistungen der Welt werden in Europa rund 50 Prozent ausgeschüttet. Als ehemaliger ÖAAB-Generalsekretär betont Mandl: „Europas Erfolgsmodell würde es ohne sozialen Ausgleich nicht geben. Im digitalen Zeitalter braucht es mehr Förderung von neuen Berufen und mehr Freiheit zur Entfaltung. Dafür müssen die EU-Erasmus Förder-

rungen in Zukunft verstärkt eingesetzt werden. Dann gibt es auch in Zukunft gute und tragfähige Arbeitsplätze.“

„STÄRKE NACH AUSSEN“

Der Europa-Abgeordnete erinnert daran, dass „nirgendwo die Werte der Menschenwürde und der persönlichen Freiheit so gelebt werden wie im heutigen Europa. Das drückt sich etwa in unseren Arbeitsrechten und Gesundheitssystemen aus. Diese Errungenschaften können wir in der heutigen Welt nur verteidigen, wenn

Europa nach außen Geschlossenheit zeigt und stark auftritt, um die europäischen Werte hochzuhalten.“

„BÜRGERNÄHE STATT ZENTRALISMUS UND POPULISMUS“

Als größte Gefahren sieht Mandl „den Zentralismus, der auf allen Ebenen zu Überregulierung neigt, der auch dem noch schlimmeren Populismus den Weg bereitet. Wir müssen gegen jede Establishment-Überheblichkeit eine Politik der Bürgernähe setzen“, findet Mandl.



Foto: Josef Siffert

Burgenlandkandidat für die Europawahl

Christian Sagartz

„Wir brauchen einen Kurswechsel in Europa und müssen stärker auf Eigenverantwortung setzen. Das, was wir vor Ort besser wissen und können, sollte uns nicht aus Brüssel vorgeschrieben werden. In großen Fragen, wie der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, braucht es dagegen eine starke Europäische Union.“

FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG FÜR REGIONEN SICHERN

Viele Regionen haben seit dem Beitritt zur Europäischen Union stark profitiert. Auch in Zukunft braucht es diese Unterstützung für die Regionen. Unsere wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit hängen davon ab, ob wir auch zukünftig die finanziellen Rahmenbedingungen sichern können.

FÜR SICHERHEIT UND STABILITÄT SORGEN

Ein ordentlicher Schutz der EU-Außengrenzen ist Garant für Stabilität

und Sicherheit innerhalb der Europäischen Union. Solange dieser Schutz aber nicht gewährleistet ist, müssen unsere österreichischen Grenzen gesichert werden.

ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DEN REGIONEN STÄRKEN

Die Vielfalt an Traditionen und Kulturen macht Europa besonders und ist eine Bereicherung für uns alle. Ein Blick über den Tellerrand, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Kooperation – vor allem in den Bereichen Infrastruktur, Arbeitsmarkt und Bildung – tragen zu einer

positiven Weiterentwicklung der gesamten Ostregion bei.

KEINE SCHULDENPOLITIK IN DER EUROPÄISCHEN UNION ZULASSEN

Verantwortungslose Schuldenpolitik einzelner Staaten gefährdet die Zukunft der Jungen. Dazu darf es künftig nicht mehr kommen. Der Abbau der Schulden und die verantwortungsvolle Haushaltspolitik in den einzelnen Staaten muss transparent und entschlossen kontrolliert werden. Für Länder, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, muss es klare Konsequenzen geben.



Kärntenkandidatin für die Europawahl

Claudia Wolf-Schöffmann

„Mein Anliegen für Europa: Sichern wir die Zukunft unserer Kinder in einem geeinten, starken Europa!“

Bei der Geburtsvorbereitung denken wir an Lebensversicherung und Bausparvertrag, planen schon im Kindergartenalter das Hochschulstudium und informieren uns über ein Auslandssemester. Doch wo bleibt das Fundament einer kindersicheren Zukunft? Wo bleibt das Friedensprojekt Europa?

Den Wohlstand, die Stabilität und den Frieden, den WIR heute genießen, verdanken wir jenen, die den Grundstein für die Europäische Union gelegt haben. Der Aufbau des Kontinents aus seinen Trümmern, der Schutz der Nachkommen vor Krieg und Zerstörung und die Sicherung

des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts, standen am Beginn des Weges zur europäischen Einheit. Und wie ist die Stimmung knapp 70 Jahre danach?

Die Europäische Union wird oft zum Schimpfwort nationaler Opportunisten, wenn die eigene politische Wetterlage auf Regen steht. Genau das führte in Großbritannien zum Brexit! „Ja wissen denn die Briten nicht, dass in einer globalisierten Welt, kein EU-Staat mehr groß genug ist, um die Herausforderungen allein zu meistern“, fragt sich der gelernte Europäer.

Wenn Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, Sozialschutz und Wohlfahrt nur mehr im

nationalen Kontext Bedeutung haben, welche Werte geben wir unseren Kindern dann weiter?

Europa steht vor nie dagewesenen Herausforderungen: Wachsender Migrationsdruck, Terrorismus, sowie soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten auf globaler und nationaler Ebene. Doch bei all den Problemen braucht es Geschlossenheit, frei nach dem Motto „European People first“! Der neue politische Stil unter Bundeskanzler Sebastian Kurz „Dinge beim Namen nennen und handeln“, lässt die Menschen wieder vertrauen. Dieses Vertrauen wünsche ich mir auch gegenüber der europäischen Ebene. Darum brauchen wir eine starke ÖVP-Präsenz in Brüssel!



VIA Vienna International Airport

FASZINATION FLUGHAFEN BESUCHERWELT

Die Flughafen Wien Besucherwelt: **Erlebnisraum | Tour | Terrasse**
Anmeldung und Tickets unter: **01-7007-22150** oder
www.viennaairport.com/besucherwelt



Foto: ÖAAB

ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits im *freiheit*-Interview:

Einfacher geht's nimmer

Die Digitalisierung beschäftigt uns in allen Lebensbereichen. Sie verändert unsere Kommunikation, die Arbeitswelt, das Bildungswesen, die Wirtschaft, die Industrie und die öffentliche Verwaltung. Viele sehen die Digitalisierung als Problem, jedoch bietet sie auch Chancen, um unser Leben einfacher zu gestalten. Die für Digitalisierung zuständige Wirtschaftsministerin Margarethe Schramböck hat nun eine Handy-App entwickeln lassen, die Behördenwege künftig vereinfachen soll. ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits stand uns im *freiheit*-Interview Rede und Antwort, warum er ein Fan der Digitalisierung ist, und welche Vorteile diese neue App bringt.

freiheit: Die Digitalisierung ist in aller Munde. Auch Bundeskanzler Sebastian Kurz und sein Team nehmen sich diesem Thema an. 2019 wird ein Digital-Jahr. Worin sehen Sie die Herausforderungen der kommenden Jahre?

Christoph Zarits: Die Digitalisierung ist nicht mehr aufzuhalten. Wir dürfen vor dieser Entwicklung nicht die Augen verschließen, sondern müssen die Menschen bestmöglich darauf vorbereiten, dass sich hier einiges ändern wird, man aber keine Angst haben muss. Es gilt zu vermitteln, dass die Chancen hier größer als die Gefahren sind, und die Politik ist hier gefordert die Menschen durch den digitalen Wandel zu lotsen.

freiheit: Bei der Digitalisierung schwingt immer die Sorge mit, dass Jobs verschwinden könnten.

Zarits: Diese Ängste gilt es ernst zu nehmen. Technischen Fortschritt hat es aber immer gegeben und unser Leben ist dadurch stets leichter geworden. Unsere Aufgabe ist es, die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Menschen die Chancen nutzen können. Deswegen hat die Regierung im vergangenen Jahr den Pakt für digitale Bildung mit dem Bildungsministerium und den Bundesländern geschlossen. 50 Prozent der Arbeitslosen haben kein oder nur geringes digitales Wissen. Hier gilt es bereits in der Schule eine „Digitale Grundbildung“ zu vermitteln.

freiheit: Sie sprechen aber auch von den Chancen, die die Digitalisierung mit sich bringt. Wo können die Menschen diese spüren?

Zarits: Schon jetzt nutzen 94 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher ein Smartphone. Laut einer Studie widmet der durchschnittliche Österreicher dreieinhalb Stunden täglich seinem geliebten Smartphone - es prägt den Alltag vom Aufstehen bis zum Schlafengehen. Nur ein Drittel der Befragten könnte mehrere Tage auf das Handy verzichten. Das heißt für mich, dass es hier ein großes Potential gibt, den Menschen übers Handy die Möglichkeit zu geben, das Leben beispielsweise bei den Behördenwegen

zu erleichtern, und damit die positiven Seiten der Digitalisierung greifbar zu machen.

freiheit: Sie sprechen die neue Handy-App „Mein digitales Amt“ an. Worin liegt hier der Nutzen?

Zarits: Das digitale Amt, also die „österreich.gv.at-App“ gibt jeder Bürgerin und jedem Bürger die Möglichkeit, sich bei Umzug oder Beantragung einer Wahlkarte den Weg zum Amt zu ersparen. Es gibt auch einen digitalen Baby-Point: Die App hilft durch alle Schritte nach der Geburt eines Kindes. So können die Geburtsurkunde, der Staatsbürgerschaftsnachweis, die Meldebestätigung des Kindes oder die e-Card elektronisch beantragt werden. Das soll unser Leben leichter machen. Mit einem Klick kann man hier einiges erledigen, wozu man sonst sicherlich einige Stunden aufwendet.

freiheit: Das heißt, bereits für die EU-Wahl kann man über diese App bzw. die Homepage einfach eine Wahlkarte beantragen?

Zarits: Genau. Voraussetzung ist lediglich die Handy-Signatur, die man gratis durch die persönliche Registrierung bei einer Registrierungsstelle oder online über z.B. FinanzOnline aktivieren kann. Dann geht es schnell und bequem zur Wahlkarte. Man kann sie dann selbst abholen oder nach Hause zustellen lassen. Seit 19. März ist dieser Service verfügbar.

freiheit: Wird die Liste der Behörden-gänge noch erweitert?

Zarits: Ja, da kommt noch mehr. Im Juli folgt z.B. die Verlustmeldung von Dokumenten. Ab Dezember gibt es dann auch den digitalen Führerschein. Das heißt, man kann dann dem Polizisten

den Führerschein auf der App zeigen und das wird akzeptiert.

freiheit: Wird es auch beim Reisepass Änderungen geben?

Zarits: Da wird es ab März eine Erinnerung geben. Den Reisepass online zu erneuern, daran wird noch gearbeitet. Das Problem ist dabei der Fingerabdruck. Hier muss noch abgewartet werden, bis die Technologie reif dafür ist.

freiheit: Nun noch eine persönliche Frage zum Schluss: Sie nützen selbst ein Smartphone. Haben Sie bereits die App „Mein digitales Amt“ heruntergeladen?

Zarits (lacht): Selbstverständlich. Einfach, schnell, ohne Wartezeit und zu 100 Prozent sicher Amtswege zu erledigen: Einfacher geht's nimmer!



Pitten, Wr. Neustädterstraße 67
Stiege 3 und 4
22 Wohnungen
Miete mit Kaufoption
Fertigstellung: Winter 2019/2020
noch 9 Wohnungen verfügbar!



Wöllersdorf, Neuer Hauptplatz
14 Wohnungen
Miete mit Kaufoption
Fertigstellung: Frühjahr 2020
JETZT ANMELDEN!



Neunkirchen, Mühlfeldstraße
12 Wohnungen
Miete mit Kaufoption
Fertigstellung: Herbst 2020
JETZT ANMELDEN!



 Hier investiert Niederösterreich!
Gefördert mit Mitteln des Landes!

Information und Anmeldung

Tel. 02236 / 22 049

info@atlas-wohnbau.at



ÖAAB-Mandatare und ihr „Lieblingsort in Österreich“

Reinhold Lopatka

Der studierte Theologe und Jurist Dr. Reinhold Lopatka hatte schon viele Funktionen in der Politik. Nach frühem politischen Engagement als Landesschulsprecher oder Studentenvertreter und Stationen als Landtags- und Nationalratsabgeordneter sowie Generalsekretär der Volkspartei war er ab 2007 Staatssekretär in drei Ministerien: Erst für Sport und dann Finanz sowie schließlich Außenstaatssekretär. Von 2013 bis 2017 war er ÖVP-Klubobmann. Jetzt setzt er sich im Nationalrat für die Anliegen der Oststeiermark ein und ist Außen- und Europapolitischer Sprecher.



Reinhold Lopatka mit seinen beiden Söhnen Andreas und Philipp und deren Partnerinnen Karin und Marie beim Sydney Marathon

freiheit: Welcher ist Ihr Lieblingsort in Österreich und warum?

Für mich sind das die Lafnitzauen. Diese bieten mit weitgehend naturnah erhaltenen Flussabschnitten mit Auwäldern, Flussschlingen und parkähnlichen Flächen zu jeder Jahreszeit ein einmaliges Naturerlebnis. Durch die UNESCO-Ramsarkonvention ist dieses oststeirisch-burgenländische Flussgebiet „Lafnitztal“ auch für kommende Generationen sogar international geschützt.

freiheit: Gibt es ein spezielles Erlebnis, das Sie besonders mit diesem Ort verbinden?

Ich laufe seit 30 Jahren das ganze Jahr über in diesem Naturschutzgebiet und freue mich im Herbst auf dutzende Störche, die sich hier sammeln, bevor sie ihren weiten Flug nach Afrika antreten. Im Frühjahr warte ich dann immer auf den ersten Storch, der wieder ankommt. Rehe, Fasane, Hasen und viele Vogelarten machen diesen Ort so spannend!



Zu Lopatkas bevorzugten Laufstrecken zählen die Lafnitzauen

freiheit: Haben Sie für unsere Leserinnen und Leser einen „Insider-Tipp“ für diesen Ort?

In Wolfau das Auto parken und im Flussabschnitt „Lafnitz-Stögersbach-Auen-Wolfau“ zwei Stunden spazieren gehen.

40 Flussschlingen sind hier auf engstem Raum zu bewandern und zu bewundern.

freiheit: In Ihrer Funktion als Außen- und Europapolitischer Sprecher sind Sie auch viel im Ausland unterwegs. Was ist denn Ihr Lieblingsort außerhalb Österreichs und warum?

Wer kennt nicht Fotos vom Opernhaus oder der Harbour Bridge von Sydney? Der große Darling Harbour, ein riesiger Naturhafen, bildet das Umfeld der Fünf-Millionen-Stadt, die erst am 26. Jänner 1788 gegründet wurde. Mit Fähren, die am Circular Quay starten, kann man kostengünstig die Sydney-Skyline, die Strände, den Taronga-Zoo und vieles mehr erkunden. Sydney hat auch einen Österreicher-Klub, den ich als Präsident der Österreichisch-Australischen Gesellschaft jedes Mal besuche. Letzten Herbst bin ich mit meinen Söhnen und ihren Partnerinnen in Sydney meinen 100. Marathon (42,2 km) gelaufen.

FREIHEIT | PARLAMENTARISMUS ERKLÄRT

Volksbegehren – die parlamentarische Behandlung

Wenn ein Volksbegehren von mindestens 100.000 Stimmberechtigten (oder von je einem Sechstel der Stimmberechtigten dreier Bundesländer) unterzeichnet wurde, muss es vom Nationalrat behandelt werden (derzeit drei). Vorerst wird das Volksbegehren nach einer „Ersten Lesung“ im Plenum des Nationalrats dem fachlich zuständigen Ausschuss zugewiesen. Zur aktuellen Situation: Das ORF-Volksbegehren wurde dem Verfassungsausschuss zugewiesen,

das „Don't smoke“-Volksbegehren dem Gesundheitsausschuss und das Frauen-Volksbegehren dem Gleichbehandlungsausschuss. Die Vorberatung im Ausschuss hat innerhalb eines Monats nach der Zuweisung zu beginnen. Der Ausschuss bzw. ein Unterausschuss oder auch ein extra zu diesem Thema eingerichteter Ausschuss kann für seine Beratungen Expert/innen und Sachverständige hinzuziehen. Auch die Bevollmächtigten des Volksbegehrens haben das Recht,

an diesen Ausschussberatungen teilzunehmen. Nach längstens vier Monaten Ausschussbehandlung ist dem Nationalrat ein Bericht über das Ergebnis der Beratungen zu erstatten. Das kann unterschiedlich ausfallen: entweder, das Volksbegehren wird einfach zur Kenntnis genommen. Das heißt, dass der Nationalrat nichts weiter beschließt. Oder es wird ganz oder teilweise umgesetzt. Dann wird die Regierung mit Umsetzungsschritten beauftragt.

Im Zeichen der Frauen

100 Jahre Frauenwahlrecht in Österreich

Im November 1918 wurde das aktive und passive Frauenwahlrecht in Österreich beschlossen. Am 16. Februar 1919 konnten Frauen dann erstmals bei einer Wahl ihre Stimme abgeben und auch selbst ins Parlament gewählt werden. Von 115 zur Wahl stehenden Frauen haben damals nur acht den Einzug auch tatsächlich geschafft, unter ihnen Dr. Hildegard Burjan, die einzige christlich-soziale Abgeordnete unter diesen acht. Sie gilt als Gründerin der Caritas Socialis, kämpfte für Mutterschutz und gegen Kinderarbeit und wurde 2011 vom Papst seliggesprochen.

Vor 100 Jahren – die erste konstituierende Sitzung des Parlaments

Am 4. März 1919 fand schließlich die erste, konstituierende Sitzung des neuen Parlaments der noch jungen Republik Österreich statt. Daran erinnerte die Veranstaltung „100 Jahre erste konstituierende Sitzung – 100 Jahre Frauenwahlrecht“, zu der Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka gemeinsam mit seinen Kolleginnen im Nationalratspräsidium ins Parlament geladen hatte.

Die ersten Reden der ersten weiblichen Abgeordneten

Am 7. März 2019 fand eine Lesung der ersten Reden der ersten weiblichen Abgeordneten statt. Interessant und bewegend, was diese Pionierinnen damals zum Inhalt ihrer Reden machten. So brachte Schauspielerinnen Dorothee Hartinger in der Lesung die Rede von

Hildegard Burjan über „die Errichtung und Unterbringung von Volkspflegestätten“ zu Gehör. Heute, 100 Jahre später, hat sich die Situation der Frauen in der



Anfang März fand eine Lesung der ersten Reden der ersten weiblichen Abgeordneten statt

Politik wesentlich geändert. Die neue Volkspartei lebt die Gleichberechtigung. Mit elf Frauen und elf Männern haben wir etwa in der Bundesrats-Fraktion Gleichstand. Auch bei der EU-Wahl haben wir unter den ersten zehn Kandidat/innen fünf Frauen gelistet. Frauenministerin Juliane Bogner-Strauß: „In den letzten 100 Jahren wurde vieles, das heute selbstverständlich ist, von Frauen für Frauen erkämpft. Aber die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern haben wir auch 2019 noch nicht erreicht. Deshalb müssen wir weiterhin gemeinsam alles daran setzen, dass Frauen nicht nur gleiche Rechte, sondern auch gleiche Chancen haben. Das heißt v.a. mehr Gerechtigkeit bei den Einkommen, mehr wirtschaftliche Unabhängigkeit und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in Wirtschaft und Politik. Mein Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Frauen dabei unterstützen, ihr individuelles Lebensmodell umsetzen zu können.“

Der Blick auf Europa

Die Einführung des Frauenwahlrechtes war die logische Folge einer schon jahrzehntelangen Entwicklung zur nötigen Gleichstellung der Frauen. Gleichzeitig wurde das Frauenwahlrecht in Lettland, Polen, Deutschland, Irland, Luxemburg und Großbritannien eingeführt. Vorreiter auf europäischer Ebene war Finnland, wo die Frauen bereits seit 1906 wählen durften. Schlusslicht war Liechtenstein, wo das Frauenwahlrecht erst 1984 (!) eingeführt wurde.



Ein Blick auf die Ausstellung „Gleiche Rechte – 100 Jahre Wahlrecht für Frauen“ am Heldenplatz

Eine Ausstellung und ein Buch

Eröffnet wurde am Internationalen Frauentag die Ausstellung „Gleiche Rechte – 100 Jahre Wahlrecht für Frauen“ am Heldenplatz. Auf zehn Standrahmen sind die acht Vorreiterinnen im österreichischen Parlament und die historische Entwicklung der Frauen in der Politik abgebildet. Darüber hinaus hat die Parlamentsdirektion ein Buch publiziert, das einen umfassenden Überblick über die seit dem 4. März 1919 bisher im Nationalrat und Bundesrat vertretenen Frauen in der Ersten und Zweiten Republik gibt. Diese Publikation kann man über die Parlamentswebsite downloaden.



Die ÖVP-Nationalrätinnen mit Frauenministerin Juliane Bogner-Strauß und Staatssekretärin Karoline Edtstadler



Die ÖVP-Bundesrätinnen mit Fraktionsvorsitzendem Karl Bader und Klubobmann August Wöginger

Splitter aus dem Parlament

Buchpräsentation „Der neue Kampf um Österreich“

Die von Konflikten und „Spaltungen“ geprägte politische Geschichte der österreichischen Republik erzählt der Chefredakteur der Wiener Zeitung, Walter Hämmerle, in seinem Buch „Der neue Kampf um Österreich“, das vor kurzem im Parlament präsentiert wurde. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka lobte die kritische



Autor Walter Hämmerle (li.) mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (re.)

Auseinandersetzung aus kulturgeschichtlicher Perspektive, die mit dem Buch gelungen sei. Walter Hämmerle beschäftigt sich in dem Buch mit der österreichischen Zeitgeschichte seit der Republikgründung 1918 bis hin zur letzten Nationalratswahl 2017. In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierte der Autor unter der Moderation von Bundesratspräsident a. D. Herwig Hösele u. a. mit dem ehemaligen Zweiten Nationalratspräsidenten und Historiker Heinrich Neisser.

SPÖ-Ablehnung der Ökostromgesetz-Novelle ließ die Wogen hochgehen

Die Novelle des Ökostromgesetzes ließ im Parlament die Wogen hochgehen. Das Gesetz, das im Nationalrat mit Mehrheit angenommen worden war, wurde in der Plenarsitzung der Länderkammer, also des Bundesrates, von der SPÖ blockiert, was nicht nur auf politischer, sondern



Die ÖVP-Mandatare im Bundesrat zeigten deutlich, was sie von der Ablehnung der Ökostromnovelle durch die SPÖ-Bundesräte halten

auch auf medialer Ebene und vor allem in der Bevölkerung auf Unverständnis stieß. „Wer gegen die Biomasse-Subvention ist, fördert den Atomstrom“, so Klubobmann August Wöginger und der Fraktionsvorsitzende der ÖVP-Bundesräte, Karl Bader, unisono. „Durch die Blockade der SPÖ-Bundesräte sind 47 Biomasse-Anlagen im ganzen Land gefährdet. Die SPÖ opfert damit nicht nur die erneuerbare Energiegewinnung, sondern auch 6.400 regionale Arbeitsplätze auf dem Altar der Parteipolitik.“ Bader: „Nun müssen die Sozialdemokraten den Bürgerinnen und Bürgern erklären, warum künftig 800.000 Haushalte ohne Ökostrom auskommen müssen.“ Ein neues Biomasse-Grundsatzgesetz soll nun als hilfreiche Notmaßnahme beschlossen werden.

Opernball 2019

Für drei ÖVP-Nationalratsabgeordnete war der heurige Opernball 2019



Abg. Claudia Plakolm bei der Eröffnung des Opernballs

ganz besonders spannend: Für Kultursprecherin Maria Großbauer, die seit drei Jahren mit großem Erfolg den Opernball organisiert. Für den Sprecher für internationale Entwicklung Martin Engelberg, dessen drei Kinder Rachel, Deborah und Samuel ihr Debüt im Jungdamen- und -herrenkomitee feierten. Und viel Herzklopfen für Jugendsprecherin Claudia Plakolm, die mit ihrem Lebensgefährten selbst eröffnete und sogar in der ersten Reihe eintanzte.

London-Besuch im Lichte des Brexit

Einen angesichts der aktuellen Situation äußerst interessanten London-Besuch – wenige Tage vor den



Botschafter Michael Zimmermann (li.), Abg. Martin Engelberg (Mitte) und Abg. Reinhold Lopatka (re.) im Palace of Westminster, dem Britischen Parlament

dramatischen Brexit-Abstimmungen im britischen Parlament – absolvierten der außenpolitische Sprecher der ÖVP, Reinhold Lopatka, und der Vorsitzende der parlamentarischen Freundschaftsgruppe Österreich-Großbritannien, Martin Engelberg, Anfang März. Sie fanden sich zu einer Aussprache mit den Mitgliedern des EU Select Committees im altherwürdigen House of Lords unter dem Vorsitz von Lord Boswell of Aynho ein. Danach gab es informative Gespräche im britischen Parlament mit dem britischen Vorsitzenden der Freund-

schaftsgruppe, Sir Peter Bottomley. Für den Abend hatte der österreichische Botschafter in London, Dr. Michael Zimmermann, ein hochkarätig besetztes Essen in der österreichischen Botschaft organisiert.

152 „Gründungsabgeordnete“ beim ersten gesetzlich verankerten Schüler/innenparlament

Mit 152 anwesenden Delegierten – also sozusagen 152 „Gründungsabgeordneten“ – fand im März im Plenarsitzungssaal in der Hofburg das



Abg. Rudolf Taschner (li.) und Abg. Nico Marchetti (re.) beim ersten gesetzlich verankerten Schüler/innenparlament

erste gesetzlich verankerte Österreichische Schüler/innenparlament statt. Die Schüler/innen wurden von Bundesminister Heinz Faßmann und dem Sprecher der neuen Volkspartei für Studenten und Schüler Abg. Nico Marchetti begrüßt. Marchetti, selbst ehemals Bundesschulsprecher, hatte sich stets für die gesetzliche Verankerung des Schüler/innenparlaments eingesetzt. Ein Bericht über die von den Delegierten mehrheitlich beschlossenen Anträge wird dem Minister vorgelegt und anschließend im Unterrichtsausschuss des Nationalrats diskutiert. „Das ist eine enorme Aufwertung der Schülervertretung und vor allem gelebte politische Bildung“, so Marchetti.

Die ÖVP-Bundesräte bei Bundeskanzler Kurz – „Unser Erfolg ist das Miteinander“

In den Reihen der ÖVP-Bundesräte hat sich in den letzten Monaten per-



Im Bild (v.l.n.r.): Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsvorsitzender Karl Bader, Bundesratspräsident a.D. Edgar Mayer und Klubobmann August Wöginger

sonell sehr viel getan. Und so war es für rund die Hälfte der Mandatarinnen und Mandatare eine „Premiere“, der Einladung von Bundeskanzler Sebastian Kurz zu einem Besuch im Bundeskanzleramt am Ballhausplatz Folge zu leisten. Anlass war die Verabschiedung des langjährigen Fraktionsvorsitzenden und mehrmaligen Bundesratspräsidenten Edgar Mayer. Der Bundeskanzler Sebastian Kurz, Klubobmann August Wöginger, Fraktionsvorsitzender Karl Bader und Edgar Mayer selbst lobten in ihren Statements das Miteinander im ÖVP-Parlamentsklub als Erfolgsrezept und Basis für die funktionierende Arbeit. Darüber hinaus ist der Bundesrat als Länderkammer die parlamentarische Institution, die die Nähe und den direkten Kontakt zu den Wählerinnen und Wählern besonders deutlich macht. Einer Aussprache mit dem Kanzler folgte dann die Fraktionssitzung, die der Vorbereitung der Plenarsitzung der Länderkammer dient.

Neue Techniken erfordern auch neue Konsumentenschutz-Regeln

Mit „großer Leidenschaft“ ist der Kärntner Nationalratsabgeordnete Peter Weidinger Konsumentenschutzsprecher der neuen Volkspartei. „Wir alle sind Konsumenten. Daher geht der Konsumentenschutz auch uns alle an und betrifft alle Bereiche unseres Lebens.“ So war im Konsumentenschutzausschuss zuletzt das Thema Digitalisierung aktuell. „Die laufende Digitalisierung bringt viele Chancen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt, erfordert aber auch das Nachdenken über damit einhergehende Entwicklungen. Im-



Der Kärntner Nationalratsabgeordnete Peter Weidinger ist Konsumentenschutzsprecher der neuen Volkspartei

mer wieder liest man von internetfähiger Technik, bei der Smartphones, Konsolen und TV-Geräte mithören können. Es ist daher wichtig, sich auch auf politischer Ebene einmal genau mit diesen Fakten und dem Konsumentenschutz auseinander zu setzen“, so Weidinger.

ÖAAB unterwegs



Foto: VP NÖ

Nachbarliche Freundschaft

Eine liebgewordene Tradition ist der Besuch des Politischen Aschermittwochs der CSU in Passau: Bereits seit einigen Jahren pflegt ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger diese nachbarliche Freundschaft. Heuer wurde er von einer Delegation aus Niederösterreich, Oberösterreich und der Steiermark begleitet. Bei vollem Haus, toller Stimmung beeindruckte der bayrische Ministerpräsident Markus Söder mit einer motivierenden Rede. Im Bild: Die Delegation mit ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger, ÖVP-Landesgeschäftsführer Bernhard Ebner aus Niederösterreich und ÖAAB-Landesobmann Christopher Drexler aus der Steiermark.



Foto: ÖAAB Burgenland

Von St. Georgen nach Donnerskirchen

Einen besonderen Wahlkampfauftritt veranstaltete das Team der ÖVP Arbeitnehmer rund um AK-Spitzenkandidaten und Landesgeschäftsführer Johannes Mezgolits im Burgenland: Bei einer Wanderung von St. Georgen bei Eisenstadt nach Donnerskirchen stellte Mezgolits sein Wahlprogramm vor. Zahlreiche Persönlichkeiten darunter auch ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits und EU-Spitzenkandidat und ÖAAB-Landesobmann Christian Sagartz trotzten dem Wetter und wanderten begeistert mit. In Donnerskirchen angekommen wartete bereits in der Genussakademie ein Umtrunk auf die fleißigen Wanderer. Im Bild: EU-Spitzenkandidat und ÖAAB-Landesobmann Christian Sagartz (li.) und AK-Spitzenkandidat LGF Johannes Mezgolits (re.) wanderten mit rund 200 Menschen die neun Kilometer lange Strecke nach Donnerskirchen.



Foto: SVB

Wahlkampf in der SVB

Zur Unterstützung des Wahlkampfes für die AK-Wahl in Wien besuchte ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits (re.) die Hauptstelle der Sozialversicherung der Bauern im dritten Wiener Gemeindebezirk. Gemeinsam mit Betriebsratsvorsitzenden Franz Lang (Mitte) informierte der Generalsekretär die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Wahlziele der Wiener FCG-ÖAAB-Fraktion für die Arbeiterkammerwahl. Bei einer Hausrunde haben sich die beiden Besucher Zeit genommen, um mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern persönlich ins Gespräch zu kommen, und deren Anliegen und Wünsche zu erfragen.



Foto: NÖAAB-FCG

Starke Partnerschaft in der AK NÖ

Anlässlich der AK-Wahl in Niederösterreich trafen sich ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger (li.) und Arbeiterkammer-Vizepräsident und Spitzenkandidat Josef Hager (re.) zu einer gemeinsamen Pressekonferenz, um die Forderungen der NÖAAB-FCG für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu präsentieren. Neben der steuerlichen Entlastung steht das partnerschaftliche Miteinander im Mittelpunkt der Arbeit der Niederösterreichischen ÖAAB-FCG-Fraktion.

Foto: ÖAAB



Ready to take off

Ohne Turbulenzen startete die Betriebsgruppe des Flughafens Wien ÖVP/ÖAAB ihren Besuch im Ausweichquartier des Parlaments, der Wiener Hofburg. Gemeinsam mit ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits besichtigte die Gruppe die Räumlichkeiten. Danach gab es ein gemütliches Beisammensein im ÖVP-Parlamentsklub, um im Anschluss noch das Bundeskanzleramt zu besuchen. Der Generalsekretär freute sich, den Mitgliedern der Betriebsgruppe dieses politische Parkett zeigen zu dürfen. Im Bild: ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits (ganz li.) mit der Betriebsgruppe Flughafen Wien ÖVP/ÖAAB im Großen Redoutensaal der Hofburg, der im Moment als Plenarsaal genützt wird.

Foto: St. Anna Kinderkrebsforschung



5.100 Euro für die Kindergesundheit

Beim ÖAAB Charity Punsch in den Arkaden der Wiener Lichtenfelsgasse sammelte ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger vor Weihnachten gemeinsam mit dem Team der ÖAAB-Bundesleitung Spenden für die St. Anna Kinderkrebsforschung. Damit diese Spenden nun auch den Kindern zugutekommen, überreichte die ÖAAB-Spitze, August Wöginger (Mitte re.) und Christoph Zarits (li.) einen Scheck an den ärztlichen Leiter des St. Anna Kinderspitals, Univ. Prof. Dr. Wolfgang Holter (Mitte li.) und an die Fundraising-Managerin Mag. Andrea Prantl (re.). Insgesamt konnte ein Betrag von 5.100 Euro übergeben werden.

Foto: NOAAB-FCG



„Klartext“ in Kärnten

Eine neue Veranstaltungsreihe startete der ÖAAB Kärnten Anfang Februar mit ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger als „Stargast“: Unter dem Titel „Klartext“ werden künftig politische Themen diskutiert und über aktuelle Vorhaben informiert. Bei dem ersten Termin informierte der Bundesobmann über die bereits umgesetzten Forderungen des ÖAAB und gab einen Ausblick auf das laufende Jahr. Vor der Veranstaltung konnte der Bundesobmann die Gelegenheit noch nutzen, das Team der ÖAAB-FCG Fraktion und den AK-Spitzenkandidaten Christian Struger zu treffen. Im Bild das Team der Kärntner ÖAAB-FCG Fraktion (v.l.n.r.): Adam Krampf, Judith Isopp, Bundesobmann August Wöginger, Spitzenkandidat Christian Struger, Landesobfrau Angelika Kuss-Bergner, Helmut Knafl und Ingrid Bretis



ÖBV für die Frau

Solide Lösungen Marke ÖBV

Unser Team ist für Sie da

- > Reden Sie mit uns über Vorsorge und Absicherung speziell für Frauen
- > Bleiben Sie in jeder Lebensphase finanziell unabhängig
- > Sorgen Sie für Ihre Pension vor
- > Fragen Sie uns: Tel. 059 808 | www.oebv.com

Informationen zu diesem Produkt finden Sie im Basisinformationsblatt unter www.oebv.com/web/bib.html



**Raiffeisen
Meine Bank**



Raiffeisen erfüllt mehr Wohnträume als jede andere Bank in Österreich.

Beim Bauen sollten Sie auf den richtigen Partner vertrauen. Vor allem, wenn es um die Finanzierung geht. Mit Raiffeisen haben Sie Österreichs Nr. 1 bei Wohnraumfinanzierungen an Ihrer Seite – und zwar von der Planung bis zur Einstandsfeier. Erfüllen Sie sich jetzt Ihren Wunsch von den eigenen vier Wänden! Mehr Infos in Ihrer Raiffeisenbank und auf **wohnraum.raiffeisen.at**